

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker: **Lebeck's** Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade, Cacao per 1/2 Kg. Dose 2,40 M., Dessert per Carton 2,3 u. 4 M. per Tafel 50 ct. Marke: Dreiring.

**Anzeigen-Zarif.**  
 Analyse von Anzeigen...  
 1. bis 10. Zeilen...  
 11. bis 20. Zeilen...  
 21. bis 30. Zeilen...  
 31. bis 40. Zeilen...  
 41. bis 50. Zeilen...  
 51. bis 60. Zeilen...  
 61. bis 70. Zeilen...  
 71. bis 80. Zeilen...  
 81. bis 90. Zeilen...  
 91. bis 100. Zeilen...

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.  
 Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle:  
 Marienstraße 38/40.

**Kretzschmar, Bösenberg & Co.**  
 Königl. Sächs. Hoflieferanten  
 Dresden-A., Serrestrasse 5/7  
 gegenüber der Ortskrankenkasse.  
 Gegr. 1868. Fernruf: 3160 und 17426. Gegr. 1868.

**Lampen : Installation**  
 für alle Lichtarten. für Gas und elektrisch.  
**Glühkörper, Zylinder, Osramlampen**  
 : Petroleum, Gasglühlicht, elektrisch. :

**Kretzschmar, Bösenberg & Co.**  
 Königl. Sächs. Hoflieferanten  
 Dresden-A., Serrestrasse 5/7  
 gegenüber der Ortskrankenkasse.  
 Gegr. 1868. Fernruf: 3160 und 17426. Gegr. 1868.

**Reise-Artikel und Lederwaren** grösste Auswahl in allen Preislagen. Stets Neuheiten. **Robert Kunze, Altmarkt-Rathaus und Prager Strasse 30.**

### Für eilige Leser.

Wutmäßige Witterung: Wolkig, mild, kein erheblicher Niederschlag.

In der Zweiten Kammer kam es gestern bei der Fortsetzung der Beratung des Volksschulgesetzes zu längerer Auseinandersetzung über die Disziplinfrage und über die Schulgeldfrage; abends 1/2 7 Uhr wurden die Verhandlungen auf heute vertagt.

Im Reichstage begründete der Reichskanzler in Beantwortung der sozialdemokratischen Interpellation über die Fleischsteuerung die Maßnahmen der Regierung; dann trat das Haus in die erste Beratung des Gesetzesentwurfs über vorübergehende Zollerleichterungen bei der Fleischzufuhr ein.

Der Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten trat gestern im Reichstagsgebäude zusammen, um einen Vortrag des Staatssekretärs von Aiderlen-Wächter entgegenzunehmen.

Der Meinungsaustausch über die Balkanfragen zwischen Berlin und London ist ein äußerst freundschaftlicher.

Die französische Regierung dementiert die Nachrichten über die Mobilisierung französischer Garnisonen.

Ein Votum zur Dresdner Universitätsfrage gibt im Namen der Universität Leipzig der Leipziger Professor Dr. Bücher in Form einer kleinen Broschüre ab.

Die Generalversammlung des Konserativen Landesvereins im Königreich Sachsen wird am 9. Dezember in Dresden stattfinden, wobei der Führer der Reichstagsfraktion, v. Heudebrand und der Vasa, sprechen wird.

Das preussische Herrenhaus nahm das Sparfassen Gesetz in der Fassung des Abgeordnetenhauses an.

### Der Auftakt.

Der wiedergewählte Herr Kaempf ist auch wieder zum Präsidenten des Reichstages gewählt, ein doppeltes Glück, wenigstens für Herrn Kaempf. Der erste Wahlgang schon brachte die Entscheidung. Zentrum und Polen gaben weiße Zettel ab, die Rechte stimmte für den Konserverativen Dietrich, während die Linke von Bebel bis Wassermann für Kaempf eintrat und ihm so zum Siege verhalf. Damit ist die Streitfrage, wer künftighin Reichstagspräsident sein wird, entschieden, und die Arbeit kann beginnen.

Die Fortschrittler hatten gehofft, Herrn Kaempf durch Zuzug zum Reichstagspräsidenten führen zu können. Seit geraumer Zeit erzählten die linksliberalen Blätter ihren Lesern von den eminenten Präsidentschaftskandidaten Kaempfs, schon bei seiner Wahl im Wahlkreise Berlin I suchte man den Eindruck zu erwecken, als ob Herr Kaempf eine unerlöbliche Persönlichkeit sei, die dem deutschen Reichstage zur bleibenden Ehre gereichte. Der gänzliche Mangel an hervorragenden Persönlichkeiten in unserer Demokratie hat das Bedürfnis entstehen lassen, Männer durch Reklame groß zu machen. Zu diesen Persönlichkeiten gehört auch Herr Kaempf, persönlich zweifellos durchaus kompetent, aber sicherlich keine Persönlichkeit des Parlamentarismus und keine überragende Persönlichkeit. Eine besondere Befähigung zum Präsidenten hat Herr Kaempf vor allen Dingen nicht. Bei der großen Sturmstimmung vom 17. Mai schmähtlichen Angedenkens, als sein ehemaliger Kollege Scheidemann in der unerwartetsten Weise Preußen schmähte, versagte der Präsident vollständig. Gerade diesen Tag hat man Herrn Kaempf nicht vergessen, und daher war es auch eine starke Zumutung an die großen nationalen Parteien, Herrn Kaempf durch Zuzug einstimmig wiederwählen zu lassen. Die Rechte beschloß vielmehr, da das Zentrum eine Kandidatur Spahn ablehnte, einen eigenen Kandidaten zu wählen. Das Zentrum wollte wohl einen längeren Wahlkampf im Reichstage verhindern, daher gab es weiße Zettel ab. So haben wir nun wieder das unerfreuliche Bild, daß die zu zwei Dritteln aus Sozialdemokraten bestehende Linke allein das Präsidium besetzt. Diese Linke bildet aber nicht einmal eine Arbeitsmehrheit. In Wirklichkeit wird eine Arbeitsmehrheit sich wechselnd aus Zentrum, der Rechten und den beiden liberalen Parteien ergeben; bei den Behravorlagen gingen alle diese Parteien zusammen, die Sozialdemokratie befindet sich

dauernd in der Opposition. Mehr als zwei Drittel von dieser Arbeitsmehrheit sind nun in dem Präsidium nicht vertreten, ein ungesunder Zustand, dessen Unhaltbarkeit noch dadurch illustriert wird, daß hinter dem Präsidium in Wirklichkeit nur etwa 80 Abgeordnete stehen, nämlich die beiden liberalen Parteien.

Der Blick in die Geheimnisse parteipolitischer Diplomatie ist Unerwünschten streng verboten. Rein Mensch weiß, was die Nationalliberalen z. B. veranlassen konnte, ein Präsidium zu wählen, das auf die Gnade der Sozialdemokraten bedingungslos angewiesen ist. Die Verbitterung des Wahlkampfes hat heute keine chronologische Berechtigung mehr. Der wahrwichtige Wahlkampf hat nichts an der Tatsache geändert, daß die bürgerlichen Parteien aufeinander angewiesen sind. Während der ganzen Jahresabstimmung haben die nationalen Parteien zusammen gearbeitet, und zum Zeichen dafür, daß dieses Zusammenarbeiten ein dauerndes sein wird, haben die Mehrheitsparteien zum Schluss noch jenen Besichtigungsantrag zugestimmt, der als Unterzeichner die Namen Wassermann und Erzberger trägt, nicht Wassermann und Bebel, wie manche vermuten könnten, denn mit Bebel ist eben keine positive Politik zu machen. Die heutige Session wird also unter dem Zeichen dieses Wassermann-Erzbergerischen Besichtigungsantrages stehen, von dem wir nur hoffen können, daß er sich zu aller Zufriedenheit verwirklichte. Was wäre natürlicher, als daß diese neue Arbeitsgemeinschaft auch im Präsidium zum Ausdruck gekommen wäre, zumal die Konserverativen eine Präsidentschaft Spahn nach Kräften unterstützen hätten! Dann hätten wir ein Präsidium gehabt, das das Vertrauen der gesamten Arbeitsmehrheit besessen hätte, Spahn als Präsident, Paasche als erster Vizepräsident, Dove als zweiter Vizepräsident. So hätte ein vernünftiges Präsidium ausgesehen.

Wir wollen trotzdem hoffen, daß Kaempfs Wahl der neuen Session nicht die Signatur ausdrücken wird. In nationalliberalen Kreisen bricht sich die Erkenntnis immer mehr Bahn, daß man sich mit dem engen Bündnis mit dem Fortschritt auf eine schiefe Ebene begeben hat. Vom Fortschritt allein können die Nationalliberalen nicht leben,

beide Parteien aber trennt eine tiefe Kluft: die Stellung zur Sozialdemokratie. Die große Mehrheit der Nationalliberalen will sich nicht zu Schilddrüsen der Sozialdemokratie herabdrücken lassen, und hieran wird wohl auch das nationalliberal-fortschrittliche Bündnis einmal scheitern. Als Anfang vom Ende möchte man die jetzigen Wahlen in Württemberg bezeichnen. Dort hatten die beiden liberalen Parteien ein Bündnis auf Gebeiß und Verderb geschlossen, und der Erfolg war eine wesentliche Schwächung der Liberalen und eine Stärkung der Rechten und der Sozialdemokratie. Für die Reichswahlen haben nun Fortschrittler und Sozialdemokraten ein Bündnis geschlossen, die Nationalliberalen aber haben diesen Ruch noch links nicht mitgemacht, sie werden vielmehr die Konserverativen in den Wahlkreisen unterstützen, in denen die Fortschrittler für die Sozialdemokraten eintreten. Es ist selbstverständlich, daß in anderen Wahlkreisen die Konserverativen den Nationalliberalen Wahlhilfe leisten. Damit ist die Basis zu gemeinsamer politischer Arbeit für die beiden nationalen Parteien gegeben, und es ist bezweifelnd, daß diese Basis zunächst in Süddeutschland gefunden worden ist, in der Heimat des Großblocks.

Nehmen wir die Vorgänge in Württemberg als gutes Omen. Die Zeiten sind bitterer. Die Welt hallt wider von Krieg und Kriegsgeschrei, an unseren Grenzen häufen sich die Bataillone. In kritischen Stunden ist die Stunde viel zu ernst, vielmehr sollten wir bedenken, was uns alles gemeinsam ist. Das Ausland blickt aufmerksam nach Berlin: Wie wird sich der deutsche Reichstag verhalten? Was unverblümt erklärt die russische Presse, Deutschland sei nicht widerstandsfähig, die Sozialdemokratie werde den Gehorsam verweigern. Wer heute noch in doktrinärer Gedanklosigkeit die Sozialdemokratie unterstützt, veründigt sich am Reiche. Möchte der deutsche Reichstag das rechte Wort finden in dieser ersten Zeit, möchten die bürgerlichen Parteien sich wie ein Mann geschlossen hinter die Regierung stellen und in einer machtvollen Kundgebung dem Auslande zeigen, daß, wenn Gefahr droht, im deutschen Volke nur ein Wille lebt. Das deutsche Volk erwartet vom Reichstage eine große nationale Tat und kein Parteineständ.

## Der Krieg auf dem Balkan.

### Kein Waffenstillstand?

Von einer Persönlichkeit, die über die Vorgänge auf bulgarischer Seite bestens unterrichtet ist, wird dem Berliner Sozialangeiger mitgeteilt: In einem Waffenstillstand werde es nicht kommen, die Bulgaren hätten auf die Übergabe der Tschataldskallie verzichtet. In allem übrigen beharren sie auf ihren ersten Bedingungen. Die Bulgaren erklären: Ohne Adrianopel kein Ende des Krieges. Zunächst werde Adrianopel fallen. Die Bulgaren hätten ganz bestimmte Nachrichten, die jeden Zweifel an einer baldigen Übergabe der Festung ausschließen. Die Lebensmittel gehen auf die Neige und auf Entzug ist nicht zu rechnen.

Im Widerspruch hierzu steht folgende Meldung aus Konstantinopel: Am Dienstag hat an der Tschataldskallie kein Kampf stattgefunden. Beide Parteien waren damit beschäftigt, Verschanzungen aufzuwerfen. Es wird berichtet, daß der letzte türkische Minister in der Erwägung, daß die Verhandlungen über den Waffenstillstand sich in die Länge ziehen würden, beschloß habe, sofort unmitttelbar Friedensverhandlungen einzuleiten. Die Reichsbehörden der Pforte Reichid Pascha und Deront sind nachts mit Vollmachten und neuen Instruktionen, die sie im Ministerrat erhielten, abgereist.

### Enttäuschung in Belgrad.

Die „Südslawische Korrespondenz“ berichtet aus Belgrad, daß die friedliche Präzisierung der russischen Politik in dortigen Regierungskreisen sichtlich Enttäuschung hervorruft. Es scheint, daß der russische Gesandte Hartwig der Regierung Zusagen gemacht hat, die den Intentionen der russischen offiziellem Kreise nicht ganz entsprechen, und die Herrn Paschich dazu verleitet, sich persönlich für die Forderungen Serbiens in einer Weise einzusetzen, daß eine Wendung in dieser Hinsicht die Stellung der Regierung unhaltbar machen müß.

### Deutschland und der Konferenzgedanke.

Von maßgebender Seite geht dem „Hirchischen Telegrammen-Bureau“ folgende Mitteilung zu: Die Nachricht des Berichterstatters des „Echo de Paris“ in London, daß der Staatssekretär v. Aiderlen-Wächter den Wunsch habe, im Falle einer internationalen Konferenz über die Balkanfrage diese Konferenz in Berlin stattfinden

zu lassen, ist falsch. Es besteht gar nicht der Wunsch, eine Konferenz abzuhalten, und es würde auch allen Verfassungen Deutschlands widersprechen, wenn dieses hierauf die Anregung geben würde. Ob in England ein dringender Wunsch nach einer Konferenz besteht, erscheint zweifelhaft. Sicher ist jedenfalls, daß England an der Erhaltung des Friedens mitzuarbeiten beabsichtigt, und daß die Serben von englischer Seite keinerlei Ermütigung erfahren. Am Gegenüber herrscht in England wegen der gemeldeten Anstammeregeln eher eine serbenfeindliche Stimmung. Es steht fest, daß der Meinungsaustausch über die Balkanfrage zwischen Berlin und London ein äußerst freundschaftlicher ist, und daß England auch das russische Reich in keiner Weise ermütigt, sich für die Serben irgendwie einzusetzen. Auch dürfte man in Petersburg wissen, daß England nicht geneigt ist, wegen eines von Serbien verlangten Schadens am Adriatischen Meer sich in einen Krieg zu stürzen. Die Spannung zwischen Oesterreich und Rußland ist keineswegs so groß, wie man anzunehmen scheint, und man begreift die Erwartung, daß die Friedenspartei in Rußland die Oberhand gewinnen wird.

### Keine Probemobilisierung in Frankreich.

Eine Note der „Agence Havas“ besagt: Infolge eines Zwischenfalles, der sich diese Nacht im Departement Meurthe-et-Moselle ereignete, und auf Grund eines von einem Brigadier der Gendarmerie begangenen Irrtums ist das Gerücht entstanden, in den Bezirken im Osten sei die Mobilisierung angeordnet worden. Das Kriegsministerium ermächtigt uns zu der Erklärung, daß kein Rezerwit-Einberufungsbeehl erhalten habe, und zwar weder im Osten noch anderswo. Die Mobilisierungsgerichte sind also unbegründet.

Aus Nancy wird ferner berichtet: Infolge eines verlässigen Irrtums erhielt der Brigadier Blou von der Grenzbrigade in Arzacourt ein Telegramm, das eine teilweise Mobilisierung zum Inhalt hatte. Es ist unbekannt, auf welche Umstände dieser Irrtum zurückzuführen ist. Nach Empfang der Depesche trat der Brigadier seine Maßnahmen für die allgemeine Mobilisierung. Der Mobilisationsbefehl wurde in sieben Gemeinden, die zur Brigade gehören, bekannt. Die Leute, auf die der Befehl sich bezog, wurden geweckt und machten sich bereit.

Ert Pfunds Yoghurt!